



GEWERKSCHAFT DER POLIZEI

Jeder kann mitgestalten und mitbestimmen

Mit dieser Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI im Januar 1992 erhalten die Landesbezirke der Gewerkschaft der Polizei in den fünf neuen Bundesländern erstmals ein eigenes Forum der Belegschaft. Monatlich werden von dieser Ausgabe an jeweils acht Seiten zugeschaltet, in denen auch über die Gewerkschaftspolitik hinaus Themen behandelt werden sollen, die das Interesse der Kolleginnen und Kollegen der Polizei in den fünf neuen Bundesländern, finden, und die informieren sollen. Das „Journal für die fünf neuen Bundesländer“ löst das „Ostdeutsche-Journal“ ab. Damit legt DEUTSCHE POLIZEI mit einer Auflage von über 200000 Exemplaren auch an Umfang zu und versucht, der größer gewordenen Bundesrepublik und der größer gewordenen Gewerkschaft der Polizei Rechnung zu tragen.

Nicht nur mit dieser Erweiterung ihrer Leistungen ist die Gewerkschaft der Polizei den Wünschen und Ansprüchen ihrer Mitglieder in den fünf neuen Bundesländern vom Beginn des Einigungsprozesses an gefolgt.

Ohne Rücksicht auf Arbeits- und Freizeiten haben sich Funktionsträger und Mitarbeiter der Gewerkschaft der Polizei auf Bundes-, Landes- und Kreisgruppenebene seit der Öffnung der Grenzen und dem Fall der Mauer um die Anliegen und Probleme der Kolleginnen und Kollegen der ehemaligen DDR bemüht. Nicht nur innerorganisatorisch können sich die Erfolge sehen lassen:

Der Aufbau einer schlagkräftigen Interessenvertretung in den fünf neuen Bundesländern mit funktionierenden Kreisgruppen, Landesbezirken und einer zentralen Geschäftsstelle in Potsdam

gelang ebenso, wie der zügige Aufbau einer neuen Polizei in Organisation und Ausstattung und – trotz einer Vielzahl noch vorhandener Probleme – die Schaffung einer neuen Berufsperspektive, die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Polizei und Fortschritte auf dem Weg zu einer Angleichung der Einkommen an das Westniveau. Für über 90 v.H. der Beschäftigten in der Polizei ist die Zeit der Unsicherheit vorbei. Wie angekündigt, hat die Gewerkschaft der Polizei die zügige Verbeamtung in den Ländern durchgesetzt. Niemand außerhalb der GdP hätte geglaubt, daß dies in so relativ kurzer Zeit nach dem Umbruch in der ehemaligen DDR überhaupt gelingen würde. Diese Aufbauleistung der Gewerkschaft der Polizei als größte Interessenvertretung der Polizei in der gesamten Bundesrepublik kann sich sehen lassen. Aber die Arbeit ist noch nicht beendet.

Für Polizeibeschäftigte ist der Alltag der Ernstfall, für den sie während ihres gesamten Berufslebens einen sachkundigen Anwalt ihrer Interessen und den Schutz einer großen Organisation benötigen.

Nicht allein die Verbeamtung und die Einweisung in den Dienstposten ist das gesteckte Ziel, sondern, wie es in der Satzung der GdP heißt, die Vertretung der: „...beruflichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Polizeibeschäftigten. Die Gewerkschaft der Polizei erstrebt insbesondere die Verbesserung der allgemeinen Arbeits- und Lebensbedingungen sowie des Beamten- und Arbeitsrechts.“

Was sich hinter diesen schlichten Sätzen verbirgt, ist ein Kaleidoskop an Aufgaben und Problemen. So vielfältig und bunt wie

der Polizeiberuf sind auch die Unwägbarkeiten des täglichen Dienstes – ob am Schreibtisch oder auf der Straße. Allein das besondere „Dienst und Treueverhältnis“ und die dem Beamtenstatus eigene „innere Rechtsordnung“ erfordert nicht nur solidarischen, sondern vor allem auch sachkundigen Beistand. Seit über 40 Jahren macht die Gewerkschaft der Polizei jährlich Hunderte von Kolleginnen und Kollegen im Disziplinarrecht fit, damit sie Hilfesuchenden zur Seite stehen.

Der Aufgabenkatalog der Gewerkschaft der Polizei beginnt mit A wie Ausbildung und Ausstattung und endet mit Z wie Zulage (zum Beispiel für den Dienst zu ungünstigen Zeiten: ein jüngster Erfolg der GdP).

Gewerkschaften waren in der ehemaligen DDR gewichtige gesellschaftliche Institutionen. Viele Bürger in den neuen Bundesländern vermissen einige „Leistungen“ gegenüber den Aufgaben der Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Die Gewerkschaft der Polizei vermittelt keine Ferienplätze und gewährt keine Jubiläumswendungen. Dafür versteht sie sich als demokratische Gegenmacht zum „Dienstherrn“ und zum Gesetzgeber. Sie ist von ihm nicht abhängig. Aber der vielleicht wichtigste Unterschied ist: Jeder Mann und jede Frau in der Gewerkschaft der Polizei kann die Politik mitgestalten und mitbestimmen, durch Engagement. *hol*



Hartmut Perschau

„Abschließend sei mir ein Wunsch gestattet, der aber ganz im Interesse der Polizeibediensteten des Landes Sachsen-Anhalt ist. Wir brauchen nicht drei oder noch mehr Polizeigewerkschaften, denn Zersplitterung schwächt! Schließen Sie sich in der Polizei in einer Gewerkschaft zusammen, die die Interessenvertreterin aller Polizisten ist.“

Hartmut Perschau, Minister des Innern des Landes Sachsen-Anhalt
(In seinem Grußwort der GdP-Broschüre zum 1. Landesdelegiertentag des GdP-Landesbezirkes Sachsen-Anhalt am 26. 10. 1991)